

320 Was uns bewegt und was wir bewegen wollen¹

335 Votum der Ökumenischen Basisversammlung Erfurt, März 1996

Sechs Jahre nach der deutschen Vereinigung sind wir als Vertreterinnen und Vertreter der ökumenischen Basisgruppen und Netzwerke zu unserer gesamtdeutschen Versammlung in Erfurt zusammengekommen. Uns bewegt das Bemühen des konziiliaren Prozesses um Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung, das nach dem Umbruch in Deutschland, Europa und weltweit vor neuen und bedrängenden Fragen steht.

Die deutsche Vereinigung ist überschattet von der sich vertiefenden Kluft zwischen Arm und Reich nun auch in unserem Land, von der skandalös ungleichen Verteilung der sozialen Lasten und der Auszehrung des Sozialstaates, der Ausgrenzung von Millionen Menschen durch strukturelle Arbeitslosigkeit und der Abweisung vieler Menschen, die aus vielfältig schlimmerer Not bei uns Zuflucht suchen. Obwohl wir seit Jahrzehnten wissen, daß unsere Wirtschafts- und Lebensweise nicht zukunftsfähig ist, machen wir so weiter. Immer mehr Menschen spüren: das kann nicht gehen.

Wir haben uns in unseren Beratungen auf die Fragen unserer Wirtschaftsweise konzentriert, weil jetzt hier der Brennpunkt unserer „vorrangigen Verpflichtung für die Armen“ und für die Zukunft unserer Gesellschaften liegt.

In diesen Krisen, Konflikten und Ratlosigkeiten fassen wir Mut aus der Versöhnung. Gott hat sie mitten in den Verirrungen und Konflikten unserer Welt durch Jesus Christus aufgerichtet. Er war selber ein Armer, Ausgegrenzter und ein Opfer der Mächtigen. Durch ihn hat sich Gott mit uns zu einer Gemeinschaft verbündet, die aus dem Geist seiner Versöhnung die Würde der Schwachen und Leidenden zu Ehren bringt, Gerechtigkeit für die Armen schafft, Ausgegrenzte einbezieht und die Macht in den Dienst des Lebens und Gemeinwohls stellt. Diese Versöhnung bezeugen heißt auch, an einer tiefgehenden Veränderung unserer Wirtschaftsweise zu arbeiten.

Für die Gewinnung einer zukunftsfähigen Wirtschaftsordnung halten wir einen neuen „Gesellschaftsvertrag“ für nötig, der sozialen Ausgleich, gerechte Verteilung der Arbeit auch zwischen Frauen und Männern sowie die Verantwortung für die Mitwelt und weltweite Gerechtigkeit einschließt.

Als Kirchen waren wir beteiligt an der Entstehung des gesellschaftlichen Konsenses mit dem Modell der „sozialen Marktwirtschaft“. Wir sehen mit größter Besorgnis, wie angesichts der gegenwärtigen wirtschaftlichen und finanziellen Probleme der Konsens zerbricht und die sozialen Ziele über Bord geworfen werden sollen. Wir fordern die Kirchen auf, sich mit aller Kraft dafür einzusetzen, daß in einem neuen „Gesellschaftsvertrag“ das Sozialstaatsgebot des Grundgesetzes und weltweite Gerechtigkeit verwirklicht werden. Dafür ist es notwendig, daß die Kirchen ihre Strukturen in bezug auf Arbeitsverteilung, Kapital- und Grundbesitz radikal verändern, um ihre prophetische Aufgabe glaubwürdig wahrnehmen zu können.

Diesen Weg wollen wir gehen auf der Seite und als Anwälte der Opfer der jetzigen Wirtschaftsweise. Alle gesellschaftlichen Gruppen müssen an diesem Prozeß

beteiligt sein. Dabei sehen wir die gesellschaftlichen Bewegungen (Frauen, Eine Welt, konziliarer Prozeß) als Vorreiter.

Im Zentrum der notwendigen Veränderungen stehen die Umverteilung von Macht, Arbeit und Eigentum.

– Weil der Wettbewerbsmarkt sich durch Machtkonzentration zunehmend selbst auflöst, weil sich transnationale Konzerne nationalstaatlicher Kontrolle entziehen, weil die politischen Akteure mit Wirtschaftseliten verflochten sind, ist die Wiedererlangung demokratischer Partizipation und Kontrolle unerlässlich.

– Das Eigentumsrecht und das Geldwesen müssen neu geordnet werden. Dazu gehören:

– der Aufbau eines Kredit- und Zinssystems, in dem Geldvermögen nicht mehr leistungslos wächst und Geld nicht mehr ständig von arm zu reich wandert. Anfänge wären z.B. zinsgünstige Kredite für Entwicklungsaufgaben nach dem Vorbild der EDCS (Ökumenische Entwicklungsgenossenschaft).

– Umsetzung der Sozialpflichtigkeit des Eigentums (Artikel 14,II GG),
– eingeschränkte Nutzungsrechte statt unbeschränktem Eigentum an Grund und Boden. Rückkauf von übermäßigem Privatbesitz an Grund und Boden in kommunalen und genossenschaftlichen Besitz.

– Arbeit muß eine Neubewertung erfahren, bei der auf dem Weg der Entlohnung und Besteuerung neben dem materiellen Wert der soziale, ökologische und psychische Wert gleichmäßig Anerkennung finden. Die Gleichstellung der Frau und die geschlechtsneutrale Verteilung der Arbeit müssen verwirklicht werden. Für Kranke und Behinderte tragen wir eine besondere Verantwortung.

Die Kirchen als zweitgrößter Arbeitgeber sollen sich lösen von beamtenrechtlichen Zwängen für PfarrerInnengehälter: sie sollen beispielhaft Arbeitsplätze und Finanzmittel teilen, um der größer werdenden Kluft zwischen hochbezahlten Berufstätigen und Arbeitslosen entgegenzuwirken.

Ein neuer „Gesellschaftsvertrag“ zur Neugestaltung der Wirtschaft kann nur wirksam sein, sofern er in den europäischen Einigungsprozeß einfließt. Das bedeutet die Durchsetzung von sozialen und ökologischen Standards auf möglichst hohem Niveau (Maastricht II: keine Währungsunion ohne Sozialunion mit gemeinsamer ökologischer Zielsetzung). Nicht ein zentralistisches und dereguliertes Europa, sondern ein vernetztes und dezentrales kann ein menschengerechtes Wirtschaften ermöglichen.

Ein neuer „Gesellschaftsvertrag“ mit einem gespaltenen oder nach außen geschlossenen Europa würde der konkreten Weltverantwortung und Verflechtung widersprechen. Vorrang muß vielmehr die Neugestaltung auch der Nord-Süd- und der West-Ost-Beziehungen durch Entschuldung und Demokratisierung der internationalen Institutionen bekommen.

Rüstungsindustrie und Waffenexport als feste Bestandteile unseres Wirtschaftssystems haben maßgeblichen Anteil an der Verschärfung von gesellschaftlichen und politischen Konflikten in Ländern der Zweidrittel-Welt. Rüstung ist keine zwangsläufige Folge des Marktes: sie lebt von Vorgaben der Politik, die allerdings durch die Rüstungsindustrie erfolgreich manipuliert wird, wie das Beispiel Jäger 2000 zeigt. Rüstung bindet Geld und Arbeitsplätze, die der Entwicklung zukunftsfähiger Industrien verlorengehen; Rüstungsexporte tragen zur weltweiten organisierten Friedlosigkeit bei.

Als Christinnen und Christen im konziliaren Prozeß denunzieren wir die ungebrochene Dominanz des Militärischen, die auch in der Verflochtenheit unseres Wirtschaftens mit Rüstung und Waffenexport zum Ausdruck kommt. Wir fordern demgegenüber eine Politik, die

- die Umwandlung von Rüstungsproduktion in zivile Produktion begünstigt;
- ein Unterlaufen der deutschen Gesetzes-Standards für Rüstungsexporte durch die EU verhindert;
- die Herstellung und Ausfuhr von Landminen verbietet und
- ein generelles Rüstungsexportverbot anstrebt.²

Vorrangige politische und zivilgesellschaftliche Aufgaben sind für uns der Aufbau von Instrumenten der Konfliktprävention, die Entwicklung von Modellen und Projekten ziviler Konfliktbearbeitung (vgl. Pilotprojekt Bosnien des ZFD) und die Unterstützung und Begleitung von Kriegsflüchtlingen, Kriegsdienstverweigerern und Deserteuren aus Konfliktgebieten.

Von unseren Kirchen erwarten wir, daß sie der Entwicklung und gesellschaftlichen Anerkennung ziviler gewaltfreier Friedensdienste mindestens dieselbe Aufmerksamkeit und Ausstattung zuwenden, die sie bisher dem Soldaten- und Kriegsdienst gewidmet haben.

Wir erwarten weiterhin, daß sie die Militärseelsorgeverträge erneut in Frage stellen mit dem Ziel, ein Zeichen zu setzen gegen die Dominanz des Militärischen bei der Lösung von Konflikten.

Der konziliare Prozeß für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung hat in der Agenda 21 der Rio-Konferenz für Umwelt und Entwicklung eine politische Entsprechung gefunden, die auf nationale und vor allem kommunale Ausgestaltung zielt. Lokale Agenda 21 heißt, Leitlinien und Rahmenpläne zu konzipieren, die eine „nachhaltige“ Entwicklung von Kommunen und Regionen im 21. Jahrhundert gewährleisten.

- Die sachlichen Schwerpunkte liegen bei
- Verkehrs- und Infrastruktur (Städteplanung)
 - Ressourcen, Energie- und Abfallwirtschaft (Reduktion der Ressourcenverschwendung, Förderung der Nutzung regenerativer Energie. Ökologische Steuerreform, Ausstieg aus der Atomenergie, Abfallvermeidung)
 - Kultur- und Bildungspolitik
 - präventiver Sozial- und Wirtschaftspolitik (Verhinderung von Armut, Arbeitslosigkeit)
 - Förderung ökologischer Produktion
 - integrativer Ausländer- und Asylpolitik
 - Verknüpfung lokalen Handelns mit globalen Dimensionen durch Beeinflussung der Mechanismen des Kapitaltransfers (kreative Entschuldung, private Kleinkredite, fairer Handel).

Kommunale Leitlinien sind nur umsetzbar, wenn jede Bürgerin und jeder Bürger über einen partizipatorischen Prozeß von deren Richtigkeit und Zukunftsfähigkeit überzeugt ist und danach handelt.

Dabei können Kirchen und Gemeinden eine maßgebliche Rolle spielen. Wir bitten daher die Kirchengemeinden, sich bei der Erarbeitung von Lokalen Agenden 21 aktiv zu beteiligen oder sie anzuregen und dabei die Erfahrungen aus Partnerschaften (Nord-Süd, Ost-West) einzubringen und zu vertiefen.

Quantitatives Wachstum in der bisherigen Form führt in die ökologische und soziale Katastrophe. Deshalb müssen wir anders leben, damit andere – in der Zweidrittel-Welt – überhaupt leben können. Seit Jahrzehnten wissen wir, daß wir uns von materiellen zu kulturellen, spirituellen Werten umorientieren müssen, um erfüllter, reicher, kommunikativer leben zu können.

Wir bekennen: Wir haben nicht getan, was wir wissen. Es ist uns nicht gelungen, die suggestive Macht der Werbung zu brechen. Von unseren Kirchen und Gemeinden ist zu wenig einladende Vorbildwirkung ausgegangen.

Wir verpflichten uns, im Sinne dieses Textes zu arbeiten und in unseren Gemeinden und Gruppen wirksam zu werden.

Wir fordern unsere Kirchen und Gemeinden auf, konkrete Schritte in Richtung eines neuen Lebensstils zu gehen. Erste Schritte dazu können Erklärungen der selbstgesteckten Ziele für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung sein. Über das Erreichte soll jährlich öffentlich Rechenschaft gegeben werden. Eine andere Lebenskultur wird eine entscheidende Voraussetzung für eine veränderte zukunftsfähige Wirtschaftsweise sein.

(Dieses Votum wurde angenommen mit 116 Stimmen bei zwei Gegenstimmen und drei Enthaltungen.)

Votum zur Gentechnik

Wir sehen die Gefahren, die von Genforschung und Genmanipulation ausgehen und wenden uns insbesondere gegen die Ausweitung des Patentrechtes auf die genetischen Grundlagen.

Folgendes soll von der Patentierbarkeit ausgeschlossen werden:

- Menschen, Teile des Menschen, menschliches Gewebe und die genetischen Grundlagen, die von Menschen stammen oder aus ihnen gewonnen werden.
- Verfahren und Techniken für die genetische Veränderung menschlichen Erbgutes, sowie Behandlungen und Therapien, die diese Methoden verwenden.
- Tiere, Teile von Tieren, tierisches Gewebe und Verfahren zur gentechnologischen Manipulation von Tieren.
- Pflanzen, Saatgut, pflanzliches Gewebe und anderes Vermehrungsmaterial.

Wir geben zu bedenken, daß die genetischen Lebensgrundlagen aus Gottes Weisheit stammen und nicht als „patentierbare Erfindungen“ das Eigentum irgendeines Menschen oder einer Institution werden können. Leben ist mehr als eine Ware. Die Grunddaten von Gottes Schöpfung dürfen nicht den Wissenschaftlern und Wirtschaftsunternehmen ausgeliefert werden, nur um damit höhere Profite sicherzustellen. Der Einsatz von Gentechnik aus ökonomischen Gründen (z.B. zur Lebensmittelproduktion) darf nicht zugelassen, eine Gefährdung von Gesundheit und Umwelt muß ausgeschlossen werden.

Votum zu einer Ökologischen Steuerreform

Trotz einer intensiven Umwelt- und Energiediskussion in den letzten zwanzig Jahren wird heute nicht weniger Energie verbraucht. Deshalb fordern wir, daß auf alle Energieträger – mit Ausnahme der regenerativen: Wind, Wasser, Sonne und Biomasse – eine Energiesteuer erhoben wird. Angesichts der immensen Belastung unse-

rer Umwelt durch den Individualverkehr muß die Mineralölsteuer zusätzlich erhöht werden.

Um eine zusätzliche Belastung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und Unternehmen zu vermeiden, wird gleichzeitig eine Entlastung bei den Lohnnebenkosten vorgenommen. Mehr Arbeitsplätze und weniger Belastung unserer Mitwelt sind die Chancen einer ökologischen Steuerreform.

Der Vorbereitung der Ökumenischen Basisversammlung dienten Arbeitsthesen, die unter dem Thema standen „*Unser Wirtschaftssystem – wider Gottes Geist. Versöhnung braucht eine radikal veränderte Wirtschaftsweise*“.

ANMERKUNGEN

- ¹ Minderheitenvotum zur Überschrift: „Unser Wirtschaftssystem – wider Gottes Geist“. (69 Stimmen von 125 Stimmberechtigten)
- ² Minderheitenvotum für einen ergänzenden Anstrich: „– eine Kritik am Militärhandwerk nicht mit undemokratischen Verboten belegt („Soldaten sind Mörder“).“ (64 Stimmen von 125 Stimmberechtigten)

Chronik

Vom 13.–16. Juni fand in Erfurt die *erste gesamtdeutsche Ökumenische Versammlung statt. Ihre Losung war „Versöhnung suchen – Leben gewinnen“*. Ihr ging am 12./13.6. ebenfalls in Erfurt eine Konsultation anlässlich der Ökumenischen Versammlung zur *Dekade der Solidarität der Kirchen mit den Frauen* voraus. Begleitet war die Versammlung von einem *Initiativprogramm*, an dem Basisgruppen, Pilgerwege, Informationsstände, aber auch die ACK Thüringen mit einem *Kreuzweg in der Gedenkstätte Buchenwald* beteiligt waren. Dreizehn der vierzehn Mitgliedskirchen und drei der vier Gastkirchen nahmen mit 115 Delegierten teil. Die Trägerschaft hatten sie der ACK Deutschland übertragen. Die SELK als Mitglieds- und der Bund Freier evangelischer Gemeinden als Gastkirche be-

teiligten sich nicht. Ergebnisse der Versammlung sind eine „Botschaft“ (s. S. 347ff) und die Berichte der insgesamt 13 Arbeitsgruppen, die an vier Themenbereichen arbeiteten. Dem Leitungskreis gehörten an Bischof Dr. Joachim Wanke / Erfurt als Vorsitzender der ACK sowie Bischof Dr. Walter Klaiber / Evang.-methodistische Kirche, Erzpriester Konstantin Miron / Griechisch-Orthodoxe Metropole, das Mitglied im Rat der EKD, Oberkirchenrätin Rut Rohrandt und die katholische Sozialdozentin Brigitte Schmeja / Berlin-Halle. Eine Dokumentation ist in Vorbereitung.

„Mit Jesus Christus auf dem Weg – Unterwegs zur Gemeinschaft der Kirchen“ lautete das Thema eines hochrangig besetzten *Ökumenischen Symposiums* vom 9.–12. April in Trier; zu dem das Bistum Trier und die Evang. Kirche